

Bochum



Wenn es um die Sicherung des Standortes geht, ist die Gewerkschaftsführung ganz auf der Seite der Firmenleitung: Burgfrieden bei Opel/GM

Seite 2

Region



Die bsz gab auf einer Veranstaltung Opfern der Polizeivillkür in Genua ein Forum. Zum Stand der Dinge ein Interview auf

Seite 2

Vergangenheit

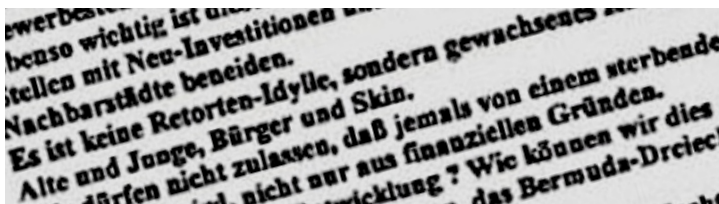


Juni 1944 wurde das französische Oradour von der SS völlig zerstört. Fotoausstellung und Veranstaltungen im Bahnhof Langendreer

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Bermuda-Dreieck: Kampagne gegen Drogenhilfe vorerst gescheitert Geschäftsleute winden sich

Schlecht gebrüllt, die Löwen. Die Bermuda-Dreieck-Geschäftsleute Johannes Dittfeld (Logos Gruppe) und Peter Hamer (Foto Hamer) hatten eine Kampagne zur Vertreibung der Krisenhilfe aus ihren angestammten Räumlichkeiten in der Viktoriastraße geplant. Dabei sind sie von dem Widerstand einiger AnwohnerInnen und Beschäftigten wohl überrascht worden.

Als „Initiative Bermuda-Dreieck“ ließen die Geschäftsleute einen Brief mit der Bitte um Unterstützung an die AnliegerInnen verteilen. Dieser sollte mit den Unterschriften an die Ratsfraktionen und den Oberbürgermeister weitergeleitet werden. In dem Brief beschwerten sie sich über die „stetig wachsende Zahl von Süchtigen in dem Viertel“, die „Käufer durch Aussehen, aggressives, abstoßendes Verhalten, Diebstahl und Beschmutzen der Lebensmittel“ vertrieben. Ausserdem hätten Diebstähle u.a. von Aschenbechern, Zuckerportionen und Besteck seit der Renovierung der Drogenhilfe stark zugenommen. Dabei sei das Bermuda-Dreieck doch ein „Treffpunkt für Alte und Junge, Bürger und Skin“ (sic!).

Von der Kampagne aufgebracht fanden

sich 28 AnwohnerInnen und Beschäftigte zusammen, die sich in einem offenen Brief an die „Initiative Bermuda-Dreieck“ und die Öffentlichkeit wendeten. Sie könnten die Behauptungen nicht bestätigen. Für sie sehe es so aus, „als sollten mit dieser Kampagne Menschen aus der Innenstadt vertrieben werden, die nicht dem Idealbild von kaufkräftigen Kundinnen und Kunden entsprechen.“

Protest gegen Vertreibung

Mit einem solchen Protest hatten die Initiatoren wohl nicht gerechnet und sahen sich gezwungen, in der Lokalpresse ihre Äußerungen zu rechtfertigen. Obwohl es aus dem in Hunderterauflage verteilten Schreiben nicht erkenntlich wurde, sei der Brief nur ein Entwurf gewesen. „Unbefugte“ hätten ihn im Internet veröffentlicht, behauptet Hamer in der WAZ.

Die beiden Geschäftsleute formulierten in dem Brief: „Das Bermuda-Dreieck ist nicht verlegbar, wohl aber die Krisenhilfe“. Für die Verlegung forderten sie 400.000 DM von der Stadt. Wenig später erklärte Peter Hamer in den Ruhr-Nachrichten, das Bermuda-Dreieck sei ein Vergnügungsort für junge Menschen und deshalb müsse die Drogenberatung unbedingt dort bleiben. Das ist wohl als ein Erfolg des öffentlichen Widerstandes zu werten.

Können die Krisenhilfe und ihre KlientInnen aufatmen? Nicht wirklich. Noch immer sorgt der Bochumer Polizeipräsident Thomas Wenner durch verstärkte Polizeikontrollen vor der Drogenberatungsstelle dafür, dass diese weit weniger als in der Vergangenheit genutzt wird. (bsz berichtete) Und auch die Geschäftsleute machen weiter. Nach diese Woche wollen Hamer und Dittfeld einen überarbeiteten Brief an den Oberbürgermeister schicken. Denn ein Drogenkonsumraum in der Viktoriastraße müsse unbedingt verhindert werden.

Rolf van Raden



Zum kreativen Umgang mit der Studienfachwahl Hintertür beim Bachelor

Die überstürzte Einführung der gestuften Studiengänge (erst Bachelor, dann Masterabschluss) schafft bei der Einschreibung Unübersichtlichkeit und wird auch in den kommenden Semestern noch einige Probleme verursachen. Neben dem ganzen Chaos hat sie auch ihr Gutes: Mit ein paar einfachen Tricks kann sich jeder noch für ein Magisterstudium einschreiben.

Wer sich direkt zu Beginn der Einschreibefristen auf die Suche nach einer offiziellen Fächerliste gemacht hat, musste leider in die Röhre schauen. Als Konsequenz der Einrichtung gestufter Studiengänge im Hauruckverfahren stand offenbar erst am Freitag der letzten Woche vor Beginn der Einschreibungen fest, welche Studiengänge tatsächlich vom Ministerium genehmigt werden und welche nicht. Mit Musikwissenschaft und Archäologie kann man zwei der ursprünglich geplanten

B.A.-Studiengänge nun doch als klassisches Magisterstudium beginnen.

Die komplette Fächerliste liegt mittlerweile vor, dafür aber noch in keinem einzigen der neuen Studiengänge eine Studien- oder Prüfungsordnung. Dies ist nicht nur ein klarer Verstoß gegen geltendes Recht, schließlich muss man schon zu Beginn des Studiums wissen, unter welchen Bedingungen man studiert. Es erschwert den Erstsemestern auch die Klärung der Frage „Was muss ich jetzt machen?“ durch die unwesentliche Hürde, dass es die StudienberaterInnen selbst nicht wissen ...

Besser Magister als B.A.

Fein heraus sind diejenigen, die sich für ein klassisches Magisterstudium einschreiben können: Für sie gibt es bereits Studienordnungen und Erfahrungen in der Studienberatung, sie können drei oder mehr Fächer studieren und müssen sich bei Entscheidungsschwierigkeiten nicht einschränken, die Stundenzahl ist nicht höher und ihr Magisterabschluss so be- wie anerkannt. Eine Kombination von Wirtschaftswissenschaft als Nebenfach mit einem geisteswissenschaftlichen Fach ist sogar nur im Magisterstudium möglich; bei den gestuften Studiengängen gibt es überhaupt kein WiWi-Fach mehr.

Automatisch für ein Magisterstudium immatrikuliert werden alle, die einen Zulassungsbescheid für Kunstgeschichte, Musikwissenschaft, Film- und Fernsehwissenschaft, Theaterwissenschaft oder Germanistik erhalten haben. Die Genehmigung gestufter Studiengänge mit Numerus Clausus war nämlich zum Wintersemester nicht mehr möglich, so war den betroffenen Fächern nichts anderes übriggeblieben, als die Zulassungsbeschränkung für die bereits bestehenden Studiengänge zu beantragen.

Aber auch alle anderen können noch ein Magisterstudium beginnen und sich so den Unwägbarkeiten der neuen Studiengänge entziehen. Möglich wird dies, indem man zusätzlich zur gewünschten Fächerkombination aus einem Hauptfach und zwei Nebenfächern einfach ein drittes Nebenfach wählt, das nur auf Magister studiert werden kann. Da dieses Nebenfach (Musikwissenschaft, Ur- und Frühgeschichte oder Klassische Archäologie sind solche Fächer) nur auf Magister studiert werden kann, muss das gesamte Studium ein Magisterstudium sein.

Wie ernsthaft dieses dritte Nebenfach tatsächlich studiert wird, ist egal. Wer nach ein paar Semestern feststellt, dass Klassische Archäologie doch nicht die passende Ergänzung zur gewünschten Fächerkombination ist, lässt dieses Fach aus seinem Studienbuch streichen und studiert fernerhin nur noch

seine Wunschkombination – aber auf Magister.

Vom B.A. zum M.A. und zurück

Die Festlegung auf das klassische Magisterstudium beinhaltet die Möglichkeit, jederzeit zu einem gestuften Studiengang zu wechseln. Dagegen kommt man aus einem gestuften Studiengang nicht mehr heraus.

Es steht zu befürchten, dass die Universität versuchen wird, mit Druck und gezielter Desinformation zu verhindern, dass jemand über eine geeignete Fächerkombination ein klassisches Magisterstudium beginnt. Schließlich sollten nach ihrer Planung eigentlich alle Erstsemester als Versuchskaninchen die Untiefen der gestuften Studiengänge ausloten. Etwaige Fragen beantworten die HelferInnen am AStA-Infotisch direkt bei den Einschreibungen oder das Referat für Hochschul- und Bildungspolitik im Raum 011 des Studierendenhauses (von der U-Bahn aus kommend, direkt nach dem Musikischen Zentrum an der rechten Seite).

Eine kleine Überraschung erwartet übrigens alle, die sich für die neuen Studiengänge einschreiben. Entgegen den Erwartungen, sich in einem gestuften B.A./M.A.-Studiengang zu befinden, stellt man schnell fest, dass der Stempel im Studienbuch lediglich „B.A.“ ausweist: Wie man von da aus in die M.A.-Phase gelangt, weiß derzeit noch niemand!

mac

Gutschein
1 großer Milchkaffee
nur 1 DM (5.–11.9.!)



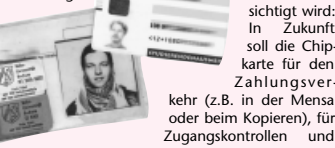
im neuen
literaturcafé
im uni-center
in der uni-
buchhandlung
blätter-
wald.net
(neben plus)

Manager und Gewerkschaften Hand in Hand Alle für Opel/General Motors

Chip oder Retro?

Seitens der Universitätsoffiziellen wird nur ungern darauf hingewiesen, deswegen wollen wir es hier nachholen: Bei der Einschreibung kann man sich zwischen der seelenlosen Chipkarte und dem formschönen Retroausweis entscheiden.

DatenschutzlerInnen kritisieren an der Chipkarte, dass der Datenschutz nicht berücksichtigt wird: In Zukunft soll die Chipkarte für den Zahlungsverkehr (z.B. in der Mensa oder beim Kopieren) und Zugangskontrollen und Anmeldungen eingesetzt werden – damit könnten zum einen bisher nicht erhobene Daten erfasst und zum anderen besonders leicht mit Bewegungsprofilen verknüpft werden. Die Datenschutzbeauftragte des Landes NRW hat bereits mehrfach, zuletzt in der Diskussion um die neue Einschreibordnung, darauf hingewiesen, dass die „datenschutzrelevanten Festlegungen noch verbesserungsbedürftig“ sind.



Der bisher wenig kontrollierten Datenerfassung lässt sich mit dem alten Studiausweis leicht ein Schnippchen schlagen. Durch die Entscheidung für den einen oder anderen Ausweis entstehen den Studierenden keine Nachteile, wenn man von bewusst in den Weg gelegten Steinen absteigt: So schikaniert die Uni BesitzerInnen des Retroausweises dadurch, dass sie sich die Zugangsdaten fürs Internet eigenhändig beim Rechenzentrum abholen müssen. Doch, der Weg lohnt sich ...

Mehr Geld für HiWis

Studentische Hilfskräfte werden meist nur mit kurzfristigen Arbeitsverträgen eingestellt und mit Beträgen zwischen elf und 16 Mark pro Stunde entlohnt – „ein Taschengeld“, wie ein Sprecher der neu gegründeten Tarifvertragsinitiative des bundesweiten Studierendenverbandes fzs findet. „Dies ist nicht nur deshalb skandalös, weil fast 2/3 der Studierenden auf diese Jobs zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts dauerhaft angewiesen sind. Sondern auch weil so Lohndumping betrieben wird und reguläre Arbeitsverhältnisse ersetzt werden“, kommentierte Lambert Heller, Sprecher der Initiative.

Gemeinsam mit den StudentInnenvertretungen will der fzs sich für eine 35prozentige Gehaltserhöhung, eine bundesweit einheitliche Entlohnung und eine tarifvertragliche Absicherung der HiWis einsetzen. Der fzs knüpft mit seiner Tarifinitiative an Forderungen an, die von Gewerkschaften bereits seit Jahren erhoben werden. Zuletzt hatten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber 1993 auf die Aushandlung eines Tarifvertrages einigen können, der aber von der Arbeitgeberseite bis auf den heutigen Tag nicht ratifiziert wurde. Stattdessen wurden die HiWi-Löhne eingefroren – und werden von den Wissenschaftsministerien per Dekret festgelegt, solange kein Tarifvertrag existiert.

Der fzs will zur Durchsetzung seiner Forderungen Druck auf die Tarifparteien im Wissenschaftsbereich aufbauen und Kontakt zu den Gewerkschaften aufnehmen. Der ASTA der RUB hat seine Unterstützung der Kampagne angekündigt.

Rassismus in Schulbüchern

Die Ergebnisse eines Seminars an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät, in dem Schulbücher und Lehrpläne nach rassistischen Inhalten untersucht wurden, präsentierten drei Studierende Ende August im Bahnhof Langendreer. Vor rund 20 ZuhörerInnen, überwiegend LehrerInnen, stellten sie ihre erschreckenden Ergebnisse vor: Nicht-weiße und Nichtdeutsche tauchen in den Büchern ausschließlich als passive Opfer, etwa als Straßenkinder in Brasilien oder hilflose Flüchtlinge, auf.

Dem steht das weiße deutsche Kind gegenüber, an dessen Verantwortungsgefühl appelliert und das zur Hilfe für die zu Bemitleidenden aufgerufen wird. Sicherlich in bester Absicht, aber doch rassistisch und fern der Realität – lachhaft insbesondere im Ruhrgebiet, an dessen Schulen rund 50% der SchülerInnen aus MigrantInnenfamilien stammen.

Weiß Deutsche erscheinen als übergeordnete Gruppe, welche die Maßstäbe setzt, die von den Weißen bereits erreicht sind und von den Schwarzen erst noch erreicht werden müssen. „Wie sollen Kinder nach der Lektüre solcher Bücher begreifen, dass es in Indien auch Computerexperten gibt?“, brachte einer der Vortragenden die in den Büchern enthaltene Wirklichkeitsverzerrung auf den Punkt.

Einige Tage lang war in den bundesweiten und zumal in den Bochumer Medien Schlimmes zu lesen und zu hören: Auf einer Pressekonferenz des Opel-Konzerns teilte Vorstandsvorsitzender Carl-Peter Forster am 15. August mit, drastische Einsparungen seien nötig, um Opel „profitabel“ zu halten, Entlassungen und selbst eine Werkschließung seien nicht auszuschließen. Die Reaktionen von Politik und Medien auf den sog. Plan „Olympia“ waren einhellig: Die WAZ betrieb Betroffenheitsjournalismus vom Feinsten, während Stüber und Clement sich übertrafen in Zusicherungen, den Standort noch attraktiver zu gestalten. Die Landesregierung NRW stellte sogar kurzerhand in Aussicht, nun doch 200 Mio. Mark für den Ausbau der A 44 locker zu machen.

Ob General Motors mit seiner Ankündigungspolitik dieses schöne Teilzeit hatte erreichen wollen, lässt sich nur schwer ohne weiteres behaupten. Kein Zweifel kann hingegen daran bestehen, dass die Katastrophenhysterie nicht allein mit den Tatsachen der Geschäftssituation, sondern auch viel mit taktischen Erwägungen zur Zukunft zu tun hat. Der letzte Teilerfolg der Opel-Geschäftsführung, ein mit dem Betriebsrat 1998 geschlossener „Standortsicherungsvertrag“ läuft nämlich Ende dieses Jahres aus. Damit haben die „freiwilligen“ Lohnverzichter der Opelaneln (1,25 % pro Jahr unter den Tarifabschlüssen) auch erstmal

ein Ende, ein von der Geschäftsleitung damals zugesagter „Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen“ hingegen gilt noch bis Ende 2002.

Das sieht aus Sicht des erst seit April 2001 amtierenden Forster alles nicht sehr rosig aus. Es musste also ein Weg gefunden werden, den Betriebsrat und die ArbeiterInnenenschaft auf ein ähnliches Verhandlungsziel wie vor drei Jahren vorzubereiten. „Olympia“ ist also in diesem Sinne auch die Vorbereitung auf die Tarifrunde 2002, und die Reaktionen der vergangenen Wochen lassen befürchten, dass die von oben inszenierte Angstmasche vorläufig gut eingeschlagen hat.

Gewerkschaftsführung zittert mit?

Ganz alleine steht die Betriebsleitung bei der Durchsetzung ihrer Strategie übrigens nicht: Auch die Betriebsratsführung und maßgebliche Leute in den großen Gewerkschaften sehen sich in der Verantwortung für „ihr Opel“. So schreibt die IG Metall Bochum in einem Flugblatt vom 21. August: „Das Hauptziel der Unternehmensleitung und der Arbeitnehmervertretung besteht in der Unterstützung der Ziele des Olympia-Projektes und der Umsetzung von Lösungen, die die Profitabilität von GM Europa und ein gesundes zukünftiges Wachstum sicherstellen und damit die Rückkehr von GM Europa zur Wettbewerbsfähigkeit und einer erfolgreichen Zukunft für die Belegschaften ermöglichen. Beide Seiten stimmen überein, dass es unsere erste Priorität ist, die Marken Opel, Vauxhall und Saab zu stärken und sie innerhalb der europäischen Automobilindustrie

wieder in eine führende Position zu bringen.“

Dahinter steht die gängige Argumentation, „nur ein erfolgreiches Unternehmen kann langfristige sichere Arbeitsplätze garantieren“ (Flugblatt des Opel-Gesamtbetriebsrats vom 20. August), also Arbeitsplatzsicherung durch Profitsicherung. Dazu passt, dass die Gewerkschaftsseite auch auf die Zukunftsinvestitionen hofft, um „diesen Standort“ zu sichern. Solange die Gewerkschaftsführung die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit als oberstes Ziel sieht, klingen auch ihre Forderungen nach „sozialverträglicher“ Abwicklung „unumgänglicher Personalmaßnahmen“ und keinen „betriebsbedingten Kündigungen“ schal: Dahinter könnte nur die Vorbereitung auf die Fortführung der Verzichtspolitik stehen, VW hat ja bereits vorgemacht, wie Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich funktioniert. Ende September wird die Geschäftsleitung die konkreten Maßnahmen bekannt geben. Bis dahin wird es spannend bleiben bei Opel, auch in Bochum.

hmk

Mehr Informationen bei: „Gegenwehr ohne Grenzen Opel Bochum“, online unter <http://www.labournet.de/branchen/auto/gm-opel/index.html>

Hausarrest in Genua Wuppertaler in Haft

Die bsz hatte im August Opfer der Polizeiübergriffe nach den G8-Protesten in Genua eingeladen, um über die in Westeuropa kaum vorstellbaren Willkürakte von Polizei und Justiz zu berichten – von Misshandlungen, Demütigungen, von „Beweismitteln“, die entweder an den Haaren herbeigezogen oder sogar untergeschoben waren.

Die Bundestagsabgeordnete Heidi Lippmann konnte an der Veranstaltung nicht teilnehmen, da sie erneut nach Italien aufbrechen musste, doch der Ermittlungsausschuss Oberhausen und der Freund eines Wuppertaler Schülers, der noch in Italien sitzt, berichteten über ihren Einsatz für die Gefangenen. Er antwortete der bsz.

Jan, auf unserer Veranstaltung hast du über eure willkürliche Verhaftung nach den Protesten in Genua berichtet. Was wurde euch vorgeworfen? Was waren eure Erlebnisse in der Haft?

Am Montag, 23. August, wurden Björn aus Schwelm, ein Bekannter von mir aus Berlin und ich um zehn Uhr morgens von insgesamt fünf Polizisten überfallen. Sie fingen direkt an, uns zu schlagen, als wir versuchten, den Grund für die Durchsuchung zu erfahren. Sie schlugen uns ins Gesicht und traten uns mit ihren festen Schuhen in den Bauch. Nachdem wir unser Gepäck wieder eingeräumt hatten, wurden wir unter Androhung von weiteren Schlägen aufgefordert, in die Streifenwagen einzusteigen. Zu diesem Zeitpunkt

wussten wir nicht, was uns vorgeworfen wurde! Ich hielt es nach der von den Beamten erfahrenen brutalen Gewalt für möglich, dass sie uns in einer ruhigen Ecke verprügeln und zum Dienst zurückkehren. Die Fahrt endete in einer Polizeistation in Genua. Wir wurden dort 6–8 Stunden in eine Zelle eingesperrt. Faktisch während der ganzen Zeit waren wir einer latenten Gewalt von den ca. 20 Beamten auf der Wache ausgesetzt, immer wieder kamen Beamte in unsere Zelle und schlugen auf uns ein, mal zu zweit, mal zu fünf. Wir mussten uns permanent knien, mit dem Kopf an der Wand und den Händen über dem Kopf. Wir durften unseren Blick nicht von der Wand richten, wenn die anderen verprügelt wurden. Der immer noch inhaftierte Björn W. aus Schwelm verweigerte, ein auf italienisch verfasstes Dokument zu unterschreiben. Er wurde daraufhin am schlimmsten von uns verprügelt. Er war apathisch und stand unter schwerem Schock, der eine lange Zeit nicht vorüber ging. Viktor und ich haben aus Angst vor Folter unterschrieben. Abends um ca. 8 Uhr wurden wir zur Kripo gebracht. Sie schlugen uns weiter, und lachten über uns. Als sie Fragen stellten, teilte ich ihnen mit, das ich ohne meinen Anwalt nichts mehr sagen wolle, woraufhin mir ein Polizist den Mund zutackern wollte. Im Knast wartete ich fünf Tage auf meinen Prozess. Ich wurde wegen Bankraub angeklagt und freigesprochen.

Björn wird immer noch in Genua festgehalten. Wie geht es ihm

und was ist der Stand der Dinge?

Björn ist „frei“. Er befindet sich zur Zeit bei einer Freundin der Eltern, im sog. Hausarrest der in Genua vollzogen werden muss. Aus meiner Perspektive ist es eine enorme Verbesserung, da die von ihm und anderen geschilderten Konflikte mit den Schließern im Knast Marassi faktisch wegfallen. Er hat jetzt Internet, Telefon, und wahrscheinlich einen sehr viel angenehmeren Tagesablauf. Das bedeutet leider keine Verbesserung der juristischen Situation.

Wie reagiert die Öffentlichkeit auf diese unglaublichen Willkürakte?

Es gab eine Reihe von Bitten um Interviews mit den unterschiedlichsten Intentionen. Focus und Co waren auf der Black Block-Schiene, und wollten uns darauf festnageln. Haben sie nicht geschafft. Positive Beispiele waren der WDR und mit einigen Abstrichen die Westdeutsche Zeitung. Ersterer hat eine objektive Öffentlichkeit geschaffen. Der größte Teil der „Öffentlichkeit“ zeigt sich betroffen und mitleidig, hat aber die Geschichte nach ein paar Tagen wieder vergessen. Zu den Politikern: Buntentbach und Co. waren in Genua und haben durch ihren Besuch die Haftbedingungen verbessert. Erst kürzlich hat sich eine weitere Delegation von Grünen- und PDS-Abgeordneten auf den Weg gemacht. Wir hatten ein öffentliches Treffen mit Herrn Volmer von den Grünen, er hat weder versprochen etwas für die Gefangenen zu tun, noch auf diplomatischem Weg zu handeln. Ebenfalls lediglich eine inhaltslose Antwort auf eine Bitte um Hilfe erhielten wir von Herr Rau von der SPD.

Spenden: Rechtshilfekonno Wuppertaler Stichwort „BJÖRN“ Kontonr. 939348 Sparkasse WUPPERTAL, BLZ 330 500 00

Die Flohmarkthallen

haben di., do. & fr. geschlossen,

2nd STORE

aber

mo. 10–18 Uhr, mi. 10–19 Uhr & sa. 10–15 Uhr geöffnet!

Hermannshöhe 7 • 44789 Bochum • 0234/313191

Anzeige

Arche Naturkost

Fachgeschäft für Produkte aus kontrolliert-biologischem Anbau

**Bochum-Querenburg
Overbergstr. 5
(am Buscheyplatz
in Uninähe!)**

Fon & Fax: 0234/707231

Fotoausstellung von Martin Graf im Bahnhof Langendreer vom 10. bis 30. September

Oradour – Blicke gegen das Vergessen

Am 10. Juni 1944 um 16 Uhr wurde das ruhige Dorf Oradour im Südwesten Frankreichs von der SS-Panzerdivision „Das Reich“ innerhalb von einer Stunde in Schutt und Asche gelegt. 642 Menschen wurden erschossen oder verbrannt, darunter 240 Frauen und 205 Kinder. Die SS-Division hatte es eilig. Sie hatte den Auftrag, so schnell wie möglich von Südfrankreich in die Normandie zu gelangen und zugleich die Kräfte der Résistance zu beseitigen.

Letzteres geschah nach stets gleichem Szenario: Umzingelung eines Dorfes, Besetzung der Verwaltungsgebäude, Sammlung der Männer auf dem öffentlichen Platz, danach Plünderung, Mord, Brandstiftung und Deportationen. Dies geschah mit dem Vorwand, die Orte von Widerstandskämpfern zu „säubern“. Der Kommandeur der SS-Division Karl Lammerding hat in Tulle, einem Ort in der Nähe von Oradour, verkünden lassen: Für jeden verwundeten Deutschen werden „drei Terroristen“ erhängt, für jeden getöteten Deutschen zehn. Am 9. Juni 1944 ließ der SS-General 99 Geiseln an den Laternen von Tulle erhängen. Bei lauter Schlagermusik und vor den Augen der Angehörigen.

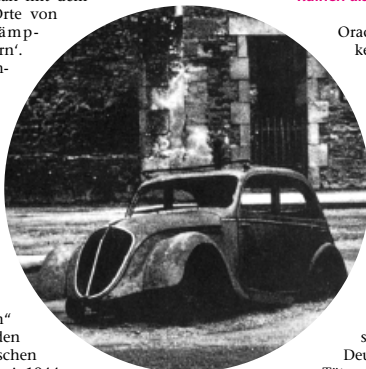
Im Unterschied zu Tulle gab es in Oradour keinen Widerstand. Warum also geschah dieses Massaker? War es etwa eine Vergeltungsaktion? Vermutlich war es eine Reaktion auf die euphorische Stimmung, die sich nach der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 in der Bevölkerung breit machte.

Mörder bis heute verschont

Die Mörder von Oradour sind nicht bestraft worden, mit Ausnahme des Untersturmführers Heinz Barth. Er wurde

1983 in Ostberlin (DDR) zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Der Hauptverantwortliche, der SS-General Lammerding, wurde zweimal in Abwesenheit zum Tode verurteilt. In Düsseldorf leitete die Staatsanwaltschaft 1961 ein Ermittlungsverfahren gegen Lammerding wegen Mordes ein; das Verfahren wurde 1964 eingestellt. Im Bescheid der Oberstaatsanwaltschaft hieß es, „weil zureichend tatsächliche Anhaltspunkte für eine begangene strafbare Handlung nicht festzustellen sind.“ 1971 wurde ein deutsch-französisches Abkommen unterzeichnet, das die deutsche Gerichte auch für die Verfolgung jener Kriegsverbrecher zuständig macht, die von französischen Tribunalen in Abwesenheit verurteilt wurden. Kurz davor starb Karl Lammerding. Er konnte bis dahin unbehelligt als erfolgreicher Bauunternehmer in Düsseldorf leben.

Ruinen als Mahnmal erhalten



Oradour – den Namen kennt fast jedes Schulkind in Frankreich. Mehrere hunderttausend Franzosen und Franzosen besuchen jedes Jahr die Gedenkstätte. Seit 1945 sind die Ruinen ein unbeschreiblich eindrucksvolles Denkmal. Martin Graf hat die Ruinen fotografiert und aus den Fotos eine Ausstellung angefertigt. In Deutschland, im Land der

Täter dieses grauenvollen Massakers, ist der Name Oradour bis heute fast unbekannt. Nur wenige Besucher der Gedenkstätte kommen aus Deutschland. Florence Hervé, Mitautorin (zusammen mit Martin Graf) des Buches „Oradour – Blicke gegen das Vergessen“ schreibt in der Einleitung unter anderem: „Oradour heute: Das sind Häuser, die kein Dach haben, das sind Straßenbahnschienen, die nirgendwo hinführen. Das sind Oberleitungsmasten, die keine Verwendung mehr finden. Das sind verrostete Nähmaschinen, die nicht mehr gebraucht werden. Das sind verkohlte Kinderwagen ... Oradour war einzigartig in der Ungeheuerlichkeit. Aber in dem Verbrechen lag die Systematik des menschenverachtenden und -ver-

nichtenden NS-Regimes, die Logik des Eroberungs- und Vernichtungskrieges.“

„Ich möchte einen frommen Wunsch äußern, und schließe dabei den Hass aus unseren Gedanken aus, Quelle des Unglücks: Dass wir nicht vergessen. Dass wir uns erinnern.“ Das waren die Worte von Robert Hébras, einem der letzten Überlebenden des Massakers, bei seinem Besuch 1994 in Düsseldorf. In der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf wurde die Ausstellung vor sieben Jahren anlässlich der 50. Jahrestages des Massakers von Oradour gezeigt.

Begleitend zur Ausstellung werden zwei Informationsveranstaltungen angeboten:

Die Eröffnungsveranstaltung zur Oradour-Ausstellung findet am Dienstag, dem 11. September um 19.30 Uhr statt. Eingeladen ist dazu Florence Hervé.

Peter Gingold, Vorstandsmitglied des DRAFD – Verband Deutscher in der Résistance, der Deutschen in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland“ e. V. wird am 26. September kommen und einen Vortrag zum Thema „Die Deutschen in der Résistance“ halten.

Volker Gerwers

Vom 10. bis 30. September 2001 wird im soziokulturellen Zentrum Bahnhof Langendreer, auf der Empore im Kino-Cafe, die Fotoausstellung „Oradour – Blicke gegen das Vergessen“ gezeigt.

Graf, Martin/Hervé, Florence (Hrsg.) Oradour. Regards au-delà de l'oubli. Blicke gegen das Vergessen. Essen: Klartext-Verlag 1995. ISBN: 3884742655. 29,79 Mark. Texte in Deutsch und Französisch.

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Thilo Machotte (mac), Charlotte Ullrich (cu)

V.i.S.d.P.: Gerd Krauss (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschreiben: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234/32-26900; **Fax:** 0234/32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>



:bsztermine

Donnerstag 6. September

Bündnis Umweltfreundlicher Stadtverkehr

Infos: <http://www.vcd-bochum.de/BUS/>
19.30 Uhr, Kolpinghaus, Maximilian-Kolbe-Str. 14

Freitag 7. September

Marktfest gegen „Rechte Gewalt“

ab 14.00 Uhr, Gerthe (Marktplatz), Bochum

„Meine sieben Mütter“

Beginn der Videoreihe „Fortgehen – Dableiben – Zurückkommen“
Infos: <http://www.internetfrauen.w4w.net/projekte/auszeiten/>
19.00 Uhr, Frauenarchiv Auszeiten (Josephinenstr. 71), Bochum

Samstag 8. September

Naziaufmarsch in Köln verhindern!

10.30 Uhr Offenbachplatz
Infos: 0221/9526359 oder <http://www.is-koeln.de/antifakoln>

reclaim the streets

im Rahmen des antifaschistischen Aktionsmonats „Letzte Warnung“
15.30 Uhr Flachsmarkt, Essen
Infos: <http://www.free.de/uaa>

Rechtsradikalismus

Burkhard Schröder (Autor/Berlin)
Alfred Schobert (DISS Institut/Duisburg)
Claudia Wahjudi (Autorin/Berlin)
17 Uhr, Kokerei Zollverein, Essen

Tanzrapid-Party

Funky Big & Breakbeats
DJ hohes C, Duo Palettaflash
22 Uhr AZ (Auerstraße), Mülheim

Sonntag 9. September

Fußball gegen die Residenzpflicht

(schafft eins, zwei, viele 1:51)
Infos: <http://www.free.de/uaa>
13 Uhr, Revierpark Nienhausen (Feldmarkstr. 201), Gelsenkirchen



Montag 10. September

Antifa-Plenum

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Bochum

Dienstag 11. September

„Oradour – Blicke gegen das Vergessen“

Eröffnung der Photoausstellung von Martin Graf
19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Kino Endstation), Bochum

Mittwoch 12. September

Staatlicher Antifaschismus oder Staatlicher Rassismus?

Infoveranstaltung
20 Uhr, Kokerei Zollverein, Essen-Katernberg
Infos: <http://www.kokereizollverein.de/disko.phtml>

Odyssee – Kulturen der Welt:

Ein Recht für Deutsche, ein Gesetz für „Ausländer“ – Integrationskonzepte in Europa. Werkstattgespräch mit Mark Terkessidis
20.00 Uhr, Bahnhof Langendreer (Raum 6), Bochum

Donnerstag 13. September

Linkes Netzwerk Bochum

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Raum 6), Bochum

– Mensa-Plan für die Woche vom 5. bis 11. September –				
Unser Standard	Die Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 5.9.				
Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke / Salatbar	Putengeschnetzeltes nach „Gyros Art“ mit einem Tzatziki-Dip, dazu Reis und ein Kappessalat	Gemüsefrikadelle mit einer Schaschliksaucе, dazu Vollkornspaghetti und ein Balkan Gemüse	Der Kleine Saal und die Bierklausе sind bis auf weiteres geschlossen!	Der Kleine Saal und die Bierklausе sind bis auf weiteres geschlossen!
DONNERSTAG, 6.9.				
Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke / Salatbar	Paniertes Fischfilet mit einer Senf-Dillsauce, dazu Pommes frites und ein Rahmgurkensalat	Broccoli-Nußbecke mit einer Honigsauce, dazu Vollkornspaghetti und ein Asialgemüse		
FREITAG, 7.9.				
Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke / Salatbar	Putenschnitzel „paniert“ m. Tomaten u. Käse überbacken, dazu Tomatensauce, Kroketten u. Salat	Tofusteak mit einer Roggensauce, dazu Vollkornspaghetti und Fingermöhrengemüse		
MONTAG, 10.9.				
Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke / Salatbar	(S) Schweineschnitzel, paniert mit einer Puztsauce, dazu Pommes frites und ein Rahmgurkensalat	Hühnerfrikassee in einer Weißweinsauce, dazu Reis und ein Erbsengemüse		
DIENSTAG, 11.9.				
Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke / Salatbar	Hähnchenbrust „Piccata-Milanese“ m. einer Tomatensauce, dazu grüne Nudeln u. Salat	Kartoffel-Möhren-Auflauf mit einer Käsesauce, dazu ein Sommergemüse oder ein Salat		

Klaus, Danke für das Gespräch!